

Gemeinderatssitzung vom 12. Juni 2023

Referat zum Postulat Integrative Schule an der Primarschule Uster neu auslegen

Sehr geehrter Herr Ratspräsident, liebe Anwesende

Im Vorfeld der heutigen Gemeinderatssitzung haben wir viele Gespräche mit anderen Ratsmitgliedern geführt. Um eine Mehrheit zu erhalten, hätten wir im Sinne einer Konsensfindung den Text unseres Postulates angepasst. Gemäss Art. 41 Abs. 4 OrgErl GR dürfen an der Fragestellung mit Einverständnis der Erstunterzeichnenden Textänderungen vorgenommen werden. Eine Anpassung der Begründung macht keinen Sinn, da der Begründungstext für die Beantwortung des Postulates irrelevant ist.

Drei der angeklagten Mitglieder aus dem Rat haben uns hingegen das Angebot gemacht, einen gemeinsamen Vorstoss zum Thema Integration zu erarbeiten. Diese Personen sind allesamt lediglich mit der Begründung unseres Postulates nicht einverstanden und lehnen es deshalb ab. Ein solches Verhalten ist schlicht und einfach unprofessionell. Offenbar haben diese Ratsmitglieder das Instrument Postulat nicht verstanden. Die Begründung ist wie eingangs erwähnt irrelevant, sie hat keine Verbindlichkeit für den Stadtrat. Die Frage, die sich daher stellt, ist, um was geht es? Um die Sache oder darum, dass die FDP/Die Mitte das Thema eingebracht hat und nicht eine andere Partei? Aufgrund dieser Vorgeschichte belassen wir unser Postulat bei der Ursprungsversion.

Nun aber zum Inhalt: Es ist schweizweit im Bildungsbereich eines der aktuell dominierenden und polarisierenden Themen: Die integrative Schule. Wir von der FDP stellen uns nicht gegen die Integration an der Schule. Es ist es ganz in unserem Sinn, beispielsweise blinde oder gehörlose Kinder zu integrieren. Was wir nicht unterstützen ist, wenn ein einzelnes Kind zwanzig Mitschüler samt deren Eltern und die Lehrerschaft in Mitleidenschaft zieht. Wenn also eine Klasse ein teures Sondersetting wegen einem Kind hat. Dadurch verlieren diese Schülerinnen und Schüler unter anderem wertvolle reguläre Unterrichtszeit. Die Eltern der anderen Kinder verbringen ihre Zeit an zusätzlichen Elternabenden und -gesprächen - meist ohne die Eltern des betreffenden Kindes - um sich dafür einzusetzen, dass sich die Umstände für das eigene Kind verbessern. Auch die Lehrpersonen benötigen extrem viel Zeit und Energie für dieses Kind. Und das betreffende Kind ist genauso ein Opfer: Es wird abgestempelt - von den Mitschülerinnen und Mitschülern und vor allem von deren Eltern.

In einem solchen Fall funktioniert die inklusive Schule nicht. Genau von solchen Situationen sprechen wir. Wir sprechen auch davon, wie viele Personen teilweise zusätzlich zu den Schülerinnen und Schülern im Klassenzimmer anwesend sind. Aber auch davon, wie hoch der administrative Aufwand für die Lehrpersonen heute ist. Lehrpersonen müssen heute eigentlich eierlegende Wollmilchsäue sein, statt dass sie sich „einfach nur“ auf das Unterrichten und vor allem auch das Fördern von Kindern konzentrieren können. Es kann und darf nicht sein, dass die Lehrpersonen ihre Zeit zu einem

grossen Teil für die verhaltensauffälligen Kinder einsetzen müssen, damit der Unterricht überhaupt irgendwie funktioniert.

Lehrpersonen und auch Eltern beginnen immer mehr dagegen Sturm zu laufen. Schweizweit sind Initiativen von Politikerinnen und Politikern und sogar vom Lehrerverband lanciert worden. In den Kantonen Basel-Stadt, Bern und Luzern beginnen einzelne Schulen, die integrative Schule neu auszulegen. Es ist also nicht einfach nur eine Kantonssache. Aus der Bildungsdirektion hört man, dass die Gemeinden oft gar nicht wissen, was sie dürfen bzw. das sie viel mehr dürften als sie meinen. Die Aussagen des Stadtrates „die gesetzlichen Vorgaben zur Schulführung sind weitgehend kantonal geregelt“ wie auch „der Handlungsspielraum für alternative Schulmodelle ist aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen begrenzt“, sind wohl nicht so sakrosankt wie sie tönen.

Zudem: Die in der stadträtlichen Ablehnungsbegründung genannten Schulinseln war vier von mir befragten Ustermer Lehrpersonen gänzlich unbekannt. Dieser Ansatz ist sicher eine sehr gute Idee für den normalen Schulalltag; bringt aber in den von uns genannten Problemstellungen herzlich wenig.

Mit unserem Postulat wollen wir der Primarschulpflege heute die Möglichkeit geben, dass sie abklären kann – liebe Anwesende, es geht lediglich ums Abklären (!) – welcher Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene besteht. Diese Abklärung sind wir den Betroffenen schuldig. Wir setzen damit auch ein Zeichen, dass wir hinter dem Lehrkörper stehen. Für die FDP-/Die Mitte-Fraktion ist es fast unglaublich, dass die Primarschulpflege dieses Postulat ablehnt – es ist schlicht ein Affront gegen die Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler und deren Eltern.

Abschliessend noch eine interessante Hintergrundinformationen an den Rat: Unser Postulat wurde in der Primarschulpflege als B-Geschäft behandelt. Das heisst, es fand keine Diskussion unter den Schulpflegerinnen und Schulpflegern statt, sondern wurde lediglich auf dem schriftlichen Weg kommuniziert. Und in diesem kommunizierten Beschluss der Primarschulpflege vom 13. April 2023 steht im letzten Abschnitt: Der Stadtrat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen und empfiehlt dem Gemeinderat die Ablehnung des Postulates. Gemäss Stadtratsbeschluss vom 9. Mai 2023 hat dieser aber an seiner Sitzung vom 10. März 2023 das Postulat lediglich zur Kenntnis genommen und an die Primarschulpflege zur Prüfung und ersten Stellungnahme überwiesen. Erst am 9. Mai 2023 hat der Stadtrat das Postulat abgelehnt. Im Klartext heisst das, eines dieser zwei Dokumente ist falsch. Oder wer Böses denkt, könnte in der der Formulierung des Primarschulantrages und seiner Behandlung eine manipulative Vorgehensweise sehen. In unseren Augen darf ein solch zentrales Thema nicht von einer Person abgehandelt werden, sondern sollte zumindest in der Primarschulpflege diskutiert werden. Dieses Thema ist nämlich weder links noch rechts. Es ist ein gesellschaftspolitisches Thema mit vielen Anspruchsgruppen.

Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, indem Sie heute unser Postulat unterstützen, setzen Sie ein starkes Zeichen für unsere Lehrpersonen, die Kinder und deren Eltern.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Andrea Grob

12. Juni 2023